

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Vertiefte Auseinandersetzung zwischen Mensch, Natur und Umwelt

Die LIS und die HTL Chur bieten ab Herbst 91 ein bisher einzigartiges Nachdiplomstudium in Umwelttechnik und Landespflege an

(s.e.) – In der Wirtschaft, Industrie und Verwaltung setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass Anliegen des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes an Bedeutung gewinnen. Daraus ergibt sich, dass Ingenieure, Architekten, Chemiker und Naturwissenschaftler in ihrer beruflichen Tätigkeit, insbesondere mit wachsender Verantwortung, mehr und mehr über Kenntnisse in diesen Gebieten verfügen sollten. Die Liechtensteinische Ingenieurschule (LIS) hat entsprechend reagiert und bietet ab kommenden Herbst zusammen mit der Ingenieurschule Chur ein berufsbegleitendes, dreisemestriges Nachdiplomstudium in Umwelttechnik und Landespflege an. Gestern stellten der Rektor der LIS, Klaus Näscher, und der zuständige Studienleiter Prof. Dr. Dieter Gunz das Projekt der Presse vor.



Die praxisbezogene Arbeit ist eines der Hauptanliegen des Nachdiplomstudiums in Umwelttechnik und Landschaftspflege. Unser Bild zeigt Rektor Klaus Näscher (links) und Prof. Dr. Dieter Gunz vor einem Messgerät zur Ermittlung von Schadstoffwerten in Motoren. Eines von X-Beispielen, mit denen sich die Studierenden künftig zu befassen haben.

Umweltveränderungen verlaufen heute mit einer Schnelligkeit, welche alle Menschen äusserst beunruhigen sollten. Entsprechende Bemühungen um eine gesunde, lebenswerte Welt können aber dem Tempo dieser Veränderungen nicht mehr Schritt halten. Zum Schutz und für die Erhaltung unserer Umwelt brauche es inskünftig kompetente Persönlichkeiten, die sich mit naturwissenschaftlichen, technischen, raumplanerischen, ökonomischen, rechtlichen aber vor allem auch mit ethischen und soziologischen Aspekten des Umweltproblems auseinandersetzen können. Eine Sensibilisierung für die Zusammenhänge der Umwelt sei dabei ebenso wichtig wie das Wissen um die Beziehung des Menschen zu seiner Um-

welt. Speziell «Ganzheitlichem Denken» müsse dabei eine besondere Bedeutung beigemessen werden.

### Konzept des Nachdiplomstudiums

Aus diesen Überlegungen heraus hat die Liechtensteinische Ingenieurschule in Zusammenarbeit mit der Ingenieurschule Chur ein Nachdiplomstudium ausgearbeitet.

Nach erfolgreichem Abschluss sollten die Absolventen in der Lage sein, als Begleiter und Berater des herkömmli-

chen Ingenieurwesens in Fragen des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes zu wirken sowie als Vermittler zwischen Umweltwissenschaften und dem Ingenieurwesen die Belange des Natur-, Landschaft- und Umweltschutzes zu vertreten.

Rektor Klaus Näscher bezeichnete an der Presseorientierung dieses Zusatzstudiums als einmalig in seiner Art, da es bisher noch nirgends in dieser Form gelehrt werde. Die Idee dazu sei aus der Lehrplanarbeit heraus erwachsen und sei

von der Wirtschaft, Industrie und Verwaltung positiv, teilweise gar mit Begeisterung aufgenommen worden. Die Vorbereitungsphase habe rund vier Jahre gedauert, wovon sich Prof. Dr. Dieter Gunz die letzten zwölf Monate vollamtlich mit der Ausarbeitung des Konzeptes sowie mit der Einrichtung des Lehrganges beschäftigt habe, erklärte Rektor Näscher bei der Vorstellung des Studienleiters.

### Zweck und Ziele

Prof. Dieter Gunz seinerseits orientierte über die Ziele, Inhalte und Organisation des neuen Nachdiplomstudiums in Umwelttechnik und Landespflege, welches übrigens nach «Prozessautomation» und «Betriebsingenieur» das dritte mögliche Zusatzstudium an der LIS ist. Ziel dieser dreisemestrigen, berufsbegleitenden Ausbildung sei es, den Absolventen ein breites und interdisziplinäres Denken über wesentliche Belange der Ökologie im weitesten Sinne zu vermitteln und die Anwendung ökologischer Bedürfnisse im Ingenieurwesen aufzuzeigen. Fachspezialisten seien in der Regel zu einseitig ausgerichtet, ihnen fehle ein vernetztes Denken, die sogenannten Berührungspunkte mit anderen Fachgebieten. Im Rahmen dieses Studiums sollen nun entsprechende Kontakte aufgenommen und an deren Informationen angeknüpft werden, erklärte Prof. Dieter Gunz.

### Bedingungen – Aufbau – Dozenten

Das Studium, welches im Herbst 91 beginnt (Anmeldeschluss ist der 31. Mai 1991), umfasst insgesamt 800 Lektionen

(Fortsetzung auf Seite 2)



## Modebummel des VOLKSBLATT

Den Modebummel durch die Frühjahrs- und Sommermode in der Sonderbeilage mit Farbbildern, die dieser Zeitung beiliegt, machten wiederum einheimische Geschäfte und Modells aus unserem Land.

● Die Frisuren der Modells stammen vom Coiffeur Nigg-Team aus Vaduz

● Die Modells wurden vom Kosmetik-Salon Margoth Gassner, Schaan, geschminkt und für die Kamera vorbereitet.

● Als Modells hatten sich Tamara Kaufmann, Wanda Giger, Alexandra Meier und Sven Yarby zur Verfügung gestellt.

● Die Galerie am Lindenplatz in Schaan stellte uns die Räumlichkeiten für die Modebilder zur Verfügung. Allen recht herzlichen Dank. Die Farbbilder machte unser Fotograf Roland Korner.

Wir danken allen Beteiligten, dass sie mit ihrem Mitmachen diesen Modebummel durch die Neuheiten des Frühjahrs und Sommers ermöglichen. Den Modehäusern danken wir für die Bereitstellung der Kleider und Accessoires.

## Der Wirtschaftsförderungsfonds von 1979 soll überprüft werden

Vorschau auf die erste Arbeitssitzung des Landtags – Das Parlament hat sich mit verschiedenen parlamentarischen Vorstößen zu befassen

(G.M.) – Nicht nur Gesetzesvorlagen und Berichte der Regierung stehen auf der Tagesordnung der Landtagssitzung vom Montag und Dienstag, sondern auch verschiedene parlamentarische Vorstöße. Zwischen der Schliessung des Landtags im Dezember und der ersten Arbeitssitzung in der kommenden Woche wurden insgesamt vier Postulate eingereicht, die nun an die Regierung zur Stellungnahme oder zur Beantwortung überwiesen werden sollen. Es handelt sich um Vorstöße über den Wirtschaftsförderungsfonds, die Energiepolitik, die Förderung des Bausparens sowie die Rechtslage bei Tätigwerden einer Untersuchungskommission.

Die parlamentarische Untersuchungskommission, deren Abschlussbericht über den «Fall Staatsgerichtshofpräsident Seeger» ebenfalls auf der Tagesordnung des Landtags steht, hat dem Landtag schon vor der Veröffentlichung ihres Berichtes ein Postulat zukommen lassen, in dem die Regierung aufgefordert wird, die «widersprüchlichen und ungenügenden gesetzlichen Regelungen zu überprüfen und Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung zu unterbreiten.» Die Untersuchungskommission führt ein Dutzend Fragen an, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Kommission auftauchen, und weist in ihrer Begründung darauf hin, dass eine «Reihe von Mängeln und Unklarheiten» bestünden. Diese Mängel und Unklarheiten sollten nach

Auffassung der Kommission behoben werden, damit künftige Untersuchungskommissionen nicht mit den gleichen Problemen konfrontiert würden. Sie verbindet mit ihrem Vorstoss auch die Hoffnung, dass damit zur Stärkung des wichtigsten parlamentarischen Kontrollmittels beigetragen werden könne.

### Überprüfung Wirtschaftsförderungsfonds

Die Zweckumschreibung des 1979 geschaffenen Wirtschaftsförderungsfonds erscheint der FDP-Fraktion zu ungenau. Deshalb reichte sie ein Postulat mit der Forderung nach Überprüfung dieses Gesetzes ein, um konkrete Zielsetzungen für die Zukunft in die gesetzlichen Bestimmungen aufzunehmen. Wirtschaftsförderung bedeutet auch Strukturpolitik, heisst es in der Begründung des Vorstosses: «Nur wenn die Zielsetzungen, die unser Land im Bereich der Wirtschaft verfolgen

will, klar und eindeutig formuliert sind, können auch die Mittel des Wirtschaftsförderungsfonds sinnvoll eingesetzt werden.»

### Förderung des Bausparens

Die Förderung des Bausparens bildet den Inhalt eines weiteren FDP-Postulates. Die FDP-Abgeordneten laden mit ihrem Vorstoss die Regierung ein, eine Überprüfung vorzunehmen, welche gesetzlichen Massnahmen notwendig sind, um die Einführung und die Förderung des Bausparens zu ermöglichen. Das Bausparen soll nach diesem Postulat die heutige Wohnbauförderung nicht konkurrieren, sondern sinnvoll ergänzen. Das Bausparen kann nach den dahinter liegenden Absichten sowohl dem Kauf von Grund und Boden dienen, wie auch dem Kauf oder dem Bau eines Eigenheimes, dem Kauf von Eigentumswohnungen oder der Finanzierung von Renova-

tions- und Sanierungsvorhaben.

### Schaffung eines Energiegesetzes?

Die VU-Fraktion regt mit einem Postulat die Überprüfung an, ob nicht ein Energiegesetz als Massnahme zur Verwirklichung einer umfassenden und ausgewogenen Energiepolitik und zur Ergänzung des energiepolitischen Programms erforderlich wäre. Ausserdem wird die Regierung zu einer Stellungnahme aufgefordert, ob sich die Energiepolitik seit der Veröffentlichung des Energieberichtes 1988 geändert hat. Die Energiepolitik fordert, so heisst es in der Begründung des VU-Postulates, das Zusammenwirken von Land und Gemeinden: «Da bei der Wahl der energiepolitischen Massnahmen Zielkonflikte auftreten können, gilt es, die einzelnen Massnahmen auf die verschiedenen Ziele hin zu optimieren und eventuell in einem Energiegesetz festzuhalten.»

## Erweiterung der Kehrlichtverbrennungsanlage Buchs

Einstimmiger Beschluss der Delegierten aus den Verbandsgemeinden für 70 Millionen-Projekt

(G.M.) – Die Kehrlichtverbrennungsanlage Buchs (KVA) wird um eine dritte Ofenlinie erweitert. Die Delegierten aus den liechtensteinischen und schweizerischen Verbandsgemeinden stimmten gestern einstimmig den Anträgen des Vorstandes des Vereins für Abfallbeseitigung (VfA) zu und genehmigten das Projekt mit mutmasslichen Kosten von 68,9 Mio. Fr. Mit der Ausführung des Projekts kann erst begonnen werden, wenn die Umweltverträglichkeitsprüfung positiv verlaufen und die Zusicherung der Subventionen vorhanden ist.

Den Delegierten lag zur Entscheidung ein Gutachten über das Projekt und über die Kehrlichtzunahme in den letzten Jahren vor. Gemäss diesem Gutachten handelt es sich bei der Erstellung der dritten Ofenlinie nicht nur um eine Erweiterung, sondern auch um die Sicherstellung der Verbrennungskapazität. Nach Ansicht des VfA-Vorstandes muss jedoch heute gehandelt werden, wenn die Verbren-

nungsleistung auch in Zukunft erbracht werden soll. Die Kehrlichtzunahme nahm in den letzten Jahren, einmal aufgrund des Konsumverhaltens, zum anderen aufgrund der Verbandserweiterung in das Unter Rheintal, erhebliche Ausmass an.

Die Gesamtinvestitionen für die neue Ofenanlage, die gemäss Projekt durch einen Generalunternehmer erstellt werden soll, belaufen sich auf 68,9 Mio. Fr. Sowohl an den schweizerischen Bund als auch an das Land Liechtenstein sollen Subventionsgesuche zur Finanzierung dieser Anlage gestellt werden. Der Verein für Abfallbeseitigung (VfA) geht davon aus, dass rund 50 Prozent der Erstinvestitionen von der öffentlichen Hand übernommen werden, womit der Finanzierungsaufwand für den Verband noch rund 40 Mio. Fr. betragen wird.

Gemäss den Anträgen des Vorstandes, die alle mit Einstimmigkeit gutgeheissen wurden, sind die Investitionen innert 25

Jahren zu amortisieren. Mit der Ausführung kann erst begonnen werden, wenn die Zusicherung der Subventionen vorhanden ist. Auf Antrag von Dr. Helmut Matt (Schaan) wurde hier der Satz zusätzlich eingeschoben, dass vor der Ausführung auch die Umweltverträglichkeitsprüfung positiv verlaufen sein müsse.

Ebenfalls einstimmig genehmigten die Delegierten schliesslich den Antrag, dass der Vorstand die Ermächtigung erhält, nach Erfüllung der Auflagen mit den Lieferanten und Fachleuten die notwendigen Verträge abzuschliessen.

Zur Diskussion stand während der Versammlung auch das Thema des Verbandsgebietes. Nachdem gegen den Widerstand der liechtensteinischen Gemeinden in der jüngsten Vergangenheit das Verbandsgebiet in das Unter Rheintal erweitert wurde, betonten die Verantwortlichen nun, dass keine Gebietsvergrößerung mehr geplant sei.

## Schweiz erhöht Wohnbauförderung

Bern (AP) Aus Rücksicht auf die sich verschärfende Wohnungsnot hat der Schweizer Nationalrat die Bundeshilfe für den preisgünstigen Wohnungsbau massiv erhöht. Er will in den Jahren 1992 bis 1996 insgesamt 1,7 Milliarden Franken für die staatliche Wohnbau- und Eigentumsförderung bereitstellen, womit 37 500 Wohnungen verbilligt werden können. Die Mittel liegen um das Dreifache über dem auslaufenden Kredit und um mehr als die Hälfte über dem Vorschlag des Bundesrates.

Unbestritten blieb im Nationalrat, dass sich die Voraussetzungen für den preisgünstigen Wohnungsbau wegen steigenden Bodenpreisen, Baukosten und Hypothekenzinlasten massiv verschlechtert haben. Die seit 1975 vom Bund wahrgenommene Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbau sei deshalb nicht nur weiterzuführen, sondern erheblich auszuweiten, hielten Votanten aller Fraktionen fest. Dies sei umso mehr gerechtfertigt, so Kommissionspräsident Paul Schmidhalter (CVP/VS), als die Wohnbautätigkeit stagniere.

### Einfach so

sollten Sie es nicht glauben, wie fein die neue

### Mode

jetzt ist. Sie sollten die Anprobe

### geniessen.



Jeden Freitag Abendverkauf bis 20.00 Uhr im Zentrum Kaufin, Schaan

**frickFENSTER**  
FÜR DAS ALTE UND DAS NEUE HAUS  
Geh zum Fenster Frick er weiss Bescheid.  
**ferdinand frick ag**  
Fenster und Fassadenbau  
9494 Schaan  
Telefon 075 / 2 74 74 Telefax 075 / 2 99 84